

Wissenschaftskooperation mit Kolleg:innen aus Russland und Belarus

Wir, Institutionen der deutschen Osteuropaforschung, verurteilen in aller Schärfe den Angriffskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt und die Hilfestellung, die Belarus dabei leistet. Unsere Empathie gilt den Menschen, die unter dem schrecklichen Krieg zu leiden haben. Wir setzen uns mit unserer Expertise in den Medien, in politischen Institutionen, der Zivilgesellschaft sowie in der Wissenschaft und Forschungspolitik ein, um zu einem besseren Verständnis der Gesellschaften in der Region beizutragen. In der Wissenschaft und Forschungspolitik beteiligen wir uns aktiv an Programmen zur Unterstützung ukrainischer Wissenschaftler:innen sowie Wissenschaftler:innen, die in Russland oder Belarus politisch unter Druck stehen.

Als Teil der Reaktion auf den russischen Angriffskrieg wurden Maßnahmen des wissenschaftlichen Austauschs mit Russland und Belarus abgebrochen. Wir betrachten mit Sorge, dass manche dieser Entscheidungen auch Individuen mit russischer oder belarusischer Staatsbürgerschaft treffen. Wissenschaftler:innen und Studierende waren jedoch unter den ersten, die sich trotz drohender Repressionen in offenen Briefen gegen den Angriffskrieg gewandt haben.¹ Andere, darunter auch die Leitungen vieler staatlicher Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, haben dagegen ihre Unterstützung für den Krieg bekundet.²

In dieser repressiven Situation sind bereits zahlreiche Wissenschaftler:innen in Nachbarstaaten ausgereist. Andere würden gerne, können es aber aus persönlichen Gründen nicht. Das Feld der Wissenschaft kann nicht zuletzt genutzt werden, um sich der menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Politik der gegenwärtigen Regimes in Belarus und Russland entgegenzustellen. Um Wissenschaftler:innen aus Belarus und Russland, die eine solche Agenda vertreten, nicht zusätzlich durch die Aufkündigung von Kooperation und Förderung pauschal zu bestrafen, werden wir auch in Zukunft gezielt mit ausgewählten Kolleg:innen aus Russland und Belarus kooperieren. Wir werden auf Grundlage von Einzelfallentscheidungen weiterhin den wissenschaftlichen Austausch suchen und für Fachtagungen auch Kolleg:innen aus Russland und Belarus einladen.

Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, die besondere Rolle der Wissenschaft für Kontakte jenseits der politischen Machtlogiken in autoritären Regimen aufrecht zu erhalten. Wir unterstützen daher eine möglichst differenzierte Herangehensweise in der Vergabe von Fördermitteln und der Gestaltung zukünftiger Beziehungen mit russischen und belarusischen Wissenschaftler:innen.

Dieser Aufruf wurde erstellt von

European Centre for Minority Issues (ECMI), Flensburg
Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen
Institut für Länderkunde (IFL), Leipzig
Leibniz ScienceCampus »Eastern Europe – Global Area« (EEGA)
Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz
Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam
Osteuropa-Institut Freie Universität Berlin
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin

¹ Über 7.500 Unterschriften von Studierenden, Lehrenden und Ehemaligen der Moskauer Staatlichen Universität: <https://msualumniagainstwar.notion.site/0378ab0a0719486181781e8e2b360180>
Ein offener Brief von Studierenden, Lehrenden und Ehemaligen des Staatlichen Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen: <https://docs.google.com/document/u/0/d/1uAiGSF97ysGKbzC3-6qDGNb0xb6xjvHcKChsOtx9Af4/mobilebasic>
Ein ins Deutsche übersetzter offener Brief von russischen Wissenschaftler:innen und Wissenschaftsjournalist:innen: https://dgo-online.org/site-dgo/assets/files/17224/erklaerung_russ_wissenschaftler_krieg_gegen_ukraine_de_220225.pdf

² <https://www.rsr-online.ru/news/2022-god/obrashchenie-rossiyskogo-soyuza-rektorov1/>